

# Kluwer-Patentblog

[EPA](#)

## [Aufruf zum Streik beim Europäischen Patentamt](#)

[Kluwer-Patentblogger/10. Dezember 2020 /3 Kommentare](#)

Der Zentrale Personalausschuss (CSC) beim Europäischen Patentamt und bei der Gewerkschaft IGEPa haben während der Sitzung des Verwaltungsrats zu einem Streik am Dienstag, den 15. Dezember 2020, aufgerufen. Die IGEPa hat angekündigt, dass der Streik der Beginn eines Jahres sozialer Konflikte zum Schutz der Zukunft des Personals und dessen Familien sein wird.

In einem heutigen Schreiben an das EPA-Personal fordert der CSC die Kollegen zur Beteiligung an dem Streik auf: "Leider können wir nur über eine weitere Aushöhlung unseres Arbeitspakets berichten, eine Aushöhlung, die sich während dieser Pandemiezeiten sogar noch beschleunigt hat.

Trotzdem bleibt unser Präsident dabei, die Mitarbeiter, die er trifft, seien glücklich, der soziale Dialog laufe auf vollen Touren und in EPA-Land sei alles in Ordnung (unsere Produktion habe nicht gelitten, selbst jetzt nicht). Dies steht in krassem Gegensatz zu den E-Mails, Telefonaten und Mitteilungen, die wir ständig von vielen Kollegen erhalten, welche zunehmend unter dem unverminderten Produktionsdruck und dem tabellenbasierten Management, verschärft durch die pandemiebedingte soziale Isolation, leiden."



Zu dem Streik wurde vergangene Woche von der IGEPa in einem Schreiben an ihre Mitglieder aufgerufen. Darin wird klargestellt, dass der soziale Dialog beim EPA unter der Präsidentschaft von António Campinos nicht besser geworden, geschweige denn aufgeblüht, ist, obgleich es ihm gelungen ist, eine Reihe von Konflikten mit früheren Mitarbeitern und IGEPa-Führungskräften beizulegen, die in den Jahren des autoritären Benoît Battistelli gefeuert oder degradiert wurden.

Das IGEPa-Schreiben zeigt, dass soziale Konflikte beim EPA noch immer grassieren: "Während dieses Jahrs der Pandemie hat unser Management nicht gezögert, den Angriff auf unsere Arbeitsbedingungen fortzusetzen: Ausbildungsbeihilfe, Karriere, Verträge. Der Angriff auf unsere Gehälter und Renten durch Anwendung eines auferlegten Gehaltsanpassungsverfahrens (Salary Adjustment Procedure – SAP) ist der jüngste und noch brutalere Angriff auf uns alle. Er führt zu einer Kürzung der Realgehälter (Kaufkraft) und Renten von ca. 3%. Dies ist erst das erste Jahr der Anwendung des SAP. Weitere Kürzungen sind nur eine Frage der Zeit. Wenn dies nicht geregelt wird, wird dieser SAP-Mechanismus

unsere Gehälter und Renten abschmelzen (-25% in 10 Jahren und -50% in 20 Jahren, wenn wir künftig ähnliche Anpassungen haben).

Das EPA ist eine reiche Organisation. Selbst in diesem Pandemiejahr wird das EPA Hunderte Millionen Euro Gewinne erzielen. Das Management hat erklärt, es werde bei der aktuellen Kürzung unserer Gehälter und Renten in nur 5 Jahren weitere 1 Milliarde Euro aus Kürzungen von Gehältern und Renten erzielen. Dieses aus unseren Gehältern abgezweigte Geld wird verwendet, um den schon riesigen Haufen Geld des EPOTIF (EPO Treasury Investment Fund) noch größer werden zu lassen. Milliarden Euro, die an der Börse angelegt werden! Dies ist für eine öffentliche Einrichtung wie das EPA eine Anomalie, nur weil ihre Manager vorgeben, in einem verrückten Monopolspiel die Investmentbanker zu geben. Genug ist genug.

Verachtung für Mitarbeiter und Vertretung. Das Management scheint zu glauben, dass EPA-Personal befinde sich in einem paralysierten Zustand und werde nicht reagieren, ganz gleich, wie schlecht man es behandelt, so als hätte die Pandemie unsere Sinne narkotisiert. Nur dies kann die aktuellen Angriffe nach Jahren loyaler und kompetenter Arbeit erklären. Tatsächlich werden Manager und Delegationsleiter Jahr für Jahr, Verwaltungsratssitzung für Verwaltungsratssitzung, nicht müde, die Ergebnisse unserer Arbeit, die großartige Arbeitsatmosphäre, die enorme Produktionsleistung mit immer weniger Personal zu loben. Nur um einige Tage später neue und einfallsreiche Angriffe auf unsere Arbeitsbedingungen zu starten. Die Veränderungen sind immer aufgezwungen und machen die Beratung mit Personalvertretern zur Farce. Für den Präsidenten ist dies nur ein Machtspiel, bei dem er sämtliche Trümpfe hält. Wir sind es müde, in diesem Spiel immer die Verlierer zu sein. Wir möchten Ihr Spiel nicht spielen, Hr. Campinos: Genug ist genug.

Die IGEPA ist entschlossen, diesen neuerlichen Angriff abzuwehren. Die Zukunft der Mitarbeiter, die Stabilität für unsere Familien, der Respekt vor den eingegangenen Verpflichtungen (Renten, Karrieren, Schulen) sind wichtiger als der große Haufen Bargeld, den der Präsident sich als neues Spielzeug wünscht. Niemand sollte mit unseren Gehältern und unseren Renten spielen. Genug ist genug. Wir schlagen den Mitarbeitern vor, aufzustehen und diesen Angriffen zu begegnen. 2021 wird ein Jahr der sozialen Konflikte sein, bis diese Angriffe aufhören und das, was gestohlen wurde, wieder zu seinen legitimen Eigentümern zurückkehrt. Um diesen sozialen Konflikt einzuleiten, schlagen wir vor, ein starkes Signal auszusenden: Einen eintägigen Streik des EPA-Personals während der Vollversammlung des Verwaltungsrats am 15. Dezember. (...)"

### **Offener Brief des CSC über die Beilegung von Streitigkeiten**

Inzwischen hat sich der Zentrale Personalausschuss nicht nur dem Streikaufruf angeschlossen, sondern hat heute auch einen offenen Brief an den Vorsitzenden und die Mitglieder des Verwaltungsrats geschickt, worin diese dringend aufgefordert werden, in Bezug auf die Probleme mit der Beilegung von Streitigkeiten beim EPA etwas zu unternehmen.

"Der aktuelle Stand der rechtlichen Mittel, die dem EPA-Personal gemäß Artikel 13 EPÜ über die Beilegung von Streitigkeiten zwischen der Europäischen Patentorganisation und ihren Mitarbeitern zur Verfügung stehen, gibt Anlass zu ernster Sorge. An den internen Rechtsmitteln wurden zahlreiche Veränderungen vorgenommen (...). Das völlig intransparente Auswahlverfahren und die einseitige Ernennung haben dazu geführt, dass die

Mitarbeiter wenig oder gar kein Vertrauen in das interne Berufungssystem, in die Stellungnahmen des internen Berufungsausschusses und die darauf basierenden Entscheidungen haben. Trotz mehrerer Bitten der Personalvertretung, wieder in das Auswahlverfahren einbezogen zu werden (siehe Anhang), wurde die Amtszeit des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden offenbar im Oktober 2020 verlängert. (...) Die Chance, den Personalausschuss einzubeziehen und so dabei zu helfen, das Vertrauen der Mitarbeiter in das interne Berufungssystem wiederherzustellen, wurde somit für drei weitere Jahre vertan.

Fast sechs Jahre nach Einführung des neuen Karrieresystems und zahlreicher, sich daraus ergebender Berufungen hat der Präsident diesbezüglich keine einzige substanzielle Entscheidung getroffen – trotz der zahlreichen Veränderungen im internen Berufungssystem, die angeblich seine Effektivität erhöhen sollen. Da die Frage der Legalität des neuen Karrieresystems für alle Mitarbeiter und für die Organisation von zentraler Bedeutung ist, könnte eine solche lange Verfahrensverzögerung in einer derart wichtigen Angelegenheit an dieser Stelle als Rechtsverweigerung angesehen werden. (...)

Die Streitigkeiten bezüglich der Vorschriften in Bezug auf die Abschaffung der Einmalzahlung im Invaliditätsfall gemäß der im März 2015 geänderten Fassung (CA/D 2/15) haben ein ähnliches Schicksal erlitten. Wenngleich der interne Berufungsausschuss im Juni 2020 mehrere Stellungnahmen abgab, hat der Präsident noch immer nicht über alle Fälle entschieden. Dadurch erfährt der Zugriff der Beschwerdeführer auf das ILOAT (Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation) erhebliche Verzögerung.

Da hinsichtlich des Gehaltsanpassungsverfahrens keine Einigung erzielt werden konnte, wird die jüngste Entscheidung CA/D 4/20 und ihre Implementierung erneut zu einer Vielzahl von Streitfällen führen. Dadurch wird sich die Belastung des internen Berufungssystems und wahrscheinlich des ILOAT weiter erhöhen.

Das ILOAT hat bereits einen großen Rückstand von mehreren hundert Beschwerden, die gegen die EPOrg vorgebracht wurden. Das ILO-Verwaltungsorgan hat bei mehreren Gelegenheiten darauf hingewiesen, dass die große Zahl der Fälle von der EPOrg das wirksame und ungehinderte Funktionieren des ILOAT im Interesse aller internationalen Organisationen, die die Zuständigkeit des ILOAT anerkannt haben, beeinträchtigt. Das Gremium hat deshalb die Zahl der EPOrg-Fälle, die im Rahmen jeder Sitzung behandelt werden, auf etwa 30 bis 40 begrenzt und erwägt weitere Maßnahmen.

Dies wirkt sich nachteilig auf die Rechtssicherheit und den Rechtsfrieden aus und könnte dazu führen, dass die Rechtsmittel, die dem EPA-Personal bei Arbeitskonflikten zur Verfügung stehen, nicht mehr als ausreichend angesehen werden und somit die Immunität der EPOrg gegenüber nationaler Gesetzgebung gefährdet sein könnte."

Der Zentrale Personalausschuss hat den Verwaltungsrat gedrängt, auf eine Reformierung der internen Rechtsmittel hinzuarbeiten, die Ressourcen des internen Berufungsausschusses und seiner Mitglieder weiter signifikant zu erhöhen, für alle Mitarbeiter den ungehinderten Zugriff auf Rechtsmittel sicherzustellen und dringend in Gespräche mit dem ILOAT einzutreten (...), um zu gewährleisten, dass alle Beschwerden zügig bearbeitet werden.